

Gegen Amtswillkür

Grün-Rot beschließt neue Ombudsstelle

Von Brigitte J. Henkel-Waidhofer

Stuttgart – Baden-Württemberg bekommt eine neue, beim Landtag angesiedelte Ombudsstelle. Neben dem Petitionsrecht soll Bürgern nach den Vorstellungen von Grünen und SPD die Möglichkeit eröffnet werden, sich gegen Behördenwillkür, gegen Übergriffe von Polizisten oder auch gegen Missverständnisse in der Bearbeitung von Anliegen zu wehren.

CDU-Fraktionsvize Peter Hauk sprach von dem Gesetz als einer „linken Machenschaft – und einer solchen Machenschaft stimmen wir nicht zu“.

Der heutige Unionsfraktionschef im Bundestag, Volker Kauder, hatte indes schon vor 20 Jahren beklagt, dass es im Land kein Ombudswesen analog zu vielen anderen europäischen Ländern gebe, keine Beauftragten, an die sich die Bürgerschaft direkt wenden kann.

Die CDU-Landtagsfraktion anno 2015 fühlt sich an derartige Erkenntnisse früherer Jahre nicht gebunden. Im Gegenteil: Der neue Ombudsmann ist der Fraktion ein Dorn im Auge, weil auch mögliche Verfehlungen der Polizei zum Aufgabenkatalog gehören. „Nach unserer Überzeugung braucht eine freiheitliche Gesellschaft starke Sicherheitsorgane, die

befugt sind – nur durch den Staat, nämlich nur von der Staatsgewalt aus –, wenn nötig auch die Freiheit Einzelner einzuschränken“, sagte Hauk.

Außerdem sieht die Opposition das Petitionsrecht im Landtag tangiert. Eine Einschätzung, die die Vorsitzende des Petitionsausschusses, Beate Böhlen (Grüne), allerdings ausdrücklich nicht teilt. Die Baden-Badener Abgeordnete sieht im Ombudswesen eine sinnvolle und notwendige Ergänzung. SPD-Fraktionschef Claus Schmiedel erinnerte daran, dass in 25 Staaten der EU Ombudsleute verankert sind, in Schweden bereits seit 1809. Und er sprach Hauk direkt an: „Nach Ihren Worten haben sich dort überall linke Machenschaften durchgesetzt oder ein institutionalisiertes Misstrauen.“

Debattiert wurde auch die Bilanz der Arbeit im Petitionsausschuss. Bislang haben das Gremium über 5700 Eingaben erreicht, am Ende der Wahlperiode werden es wohl 6200 Petitionen sein, was einem Plus von über elf Prozent entspricht. Der FDP-Abgeordnete Niko Reith sagte, die Arbeit im Petitionsausschuss sei auch ein „Eingeständnis, dass wir nicht perfekt sind“. Es zeichne eine parlamentarische Demokratie aus, „sich nicht für unfehlbar zu halten“.